

Man kommt sich schon fast haarspalterisch, ja ketzerisch vor, wenn man die Befürworter eines wie auch immer gearteten Bürgergeldes auf jene 600, 900 oder sogar 1500 Milliarden Euro aufmerksam macht, die die neue Wunderwaffe der Sozialpolitik je nach Modell verschlingen würde. Dabei leistet sich die Politik heutzutage Grundsatzdiskussionen, wenn vergleichsweise marginale Beträge auf dem Spiel stehen. Dass die geplante Unternehmenssteuerreform zum Beispiel im ersten Jahr nach Inkrafttreten rund drei Milliarden Euro mehr verschlingen könnte, als es die Koalitionäre ursprünglich einmal geplant hatten, bringt viele Linke in Rage. Wohlgermerkt, hier regt sich Widerstand gegen eine Reform, die mit vielen Jahren Verspätung endlich ein System reparieren soll, das in seiner jetzigen Form der Globalisierung nicht mehr gewachsen ist.

Bei der Milliardenrevolution Bürgergeld sollen finanzielle Erwägungen dann plötzlich keine Rolle mehr spielen? Versuchen wir die 600 Milliarden Euro, die das günstigste Modell kosten würde, einmal aufzutreiben: Die erste und am häufigsten genannte Option sieht vor, die Mehrwertsteuer drastisch anzuheben – auf schätzungsweise vierzig Prozent. Man stelle sich den Schock für die Konsumenten vor, wenn das billigste Brot plötzlich vier Euro kostet. Natürlich könnte man auf viele Produkte nur die ermäßigte Mehrwertsteuer erheben. Aber erstens lässt das EU-Reglement dies nicht zu, und zweitens käme so die erforderliche Summe für das Bürgergeld nicht

zusammen. Eine deutlich höhere Mehrwertsteuer würde Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen: Handwerker und andere Dienstleister verlören Aufträge und würden in die Pleite getrieben. Und wie sähen wohl die Tarifverhandlungen aus, wenn die Preise in Deutschland um ein Drittel anzögen? Gigantische Lohnforderungen zwängen die Unternehmen, noch mehr Arbeitsplätze zu verlagern. Und die Inflation? Sie würde im größten EU-Land explodieren, was wiederum die Europäische Zentralbank zwänge, die Zinsen im Euroraum enorm anzuziehen. Man muss kein Prophet sein, um die Reaktionen in Paris, Rom und Madrid zu errahnen: Warum soll unsere Konjunktur darunter leiden, wenn Deutschland sein Sozialsystem umkremplelt? Als zweite Alternative könnte die Einkommenssteuer zusätzliche Einnahmen generieren. Am einfachsten wäre dies, wenn eine Vielzahl der Ausnahmen und Privilegien gestrichen würde. Nichts anderes wollte Paul Kirchhof, als er im letzten Bundestagswahlkampf die finanzpolitischen Kompetenzen der Union abdeckte. Das Ergebnis ist bekannt. Ohne inhaltliche Argumente schafften es die anderen Parteien, das Modell des „Professors aus Heidelberg“ als unsozial zu brandmarken, was die Union viele Stimmen kostete. Alternative drei: die Erhöhung der Einkommenssteuersätze. Menschen, die schlecht oder überhaupt nichts verdienen, behielten dann das Bürgergeld, um ihr Existenzminimum zu sichern. Bei den Besserverdienenden würde es dagegen

wieder über höhere Steuern abgeschöpft. Dann aber wäre das Bürgergeld nichts anderes als eine negative Einkommenssteuer plus ein deutlich erhöhtes Kindergeld. Darüber ließe sich diskutieren. Eine vierte Option schlägt der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar vor: das Geld, das der Bundeshaushalt heute für direkte Leistungen der Sozialpolitik zur Verfügung stellt. Staatliche Zuschüsse an die verschiedenen Sozialversicherungen würden demnach ebenso wegfallen wie Maßnahmen für die Arbeitsförderung. Aber: Wenn mehr als hundert Sozialleistungen gestrichen und durch eine monatliche Pauschalleistung ersetzt werden, verliert die Politik dramatisch an Gestaltungsraum. In der Bürgergeld-Gesellschaft gibt es kein Hartz IV, das die Langzeitarbeitslosen zur Arbeitssuche animieren soll, kein Elterngeld, das suggeriert, dass dem Staat Zöglinge der Besserverdienenden mehr wert sind, und auch keine Sozialhilfe mehr für die besonders Bedürftigen. Die Politik hätte in vielen Bereichen, wo sie heute glaubt, sich einmischen zu müssen, nichts mehr zu sagen.

Wer in Deutschland soll eine solche Revolution in unserem föderalen Staat eigentlich beschließen? Welche Politiker haben sich bislang dabei hervorgetan, auf einen Schlag möglichst viel Macht und Einfluss freiwillig abzugeben? Genau das verlangt das Bürgergeld nämlich. Einmal angenommen, es gäbe diese Politiker, und sie könnten glaubhaft erklären, dass sie das Geld aufbringen: Wie würde dann der Reformprozess aussehen? Hinter der Idee eines Basiseinkommens für alle steht ja kein Reförmchen, sondern gleich ein neuer Gesellschaftsentwurf. Gewünscht ist ein Volk, das nicht mehr durch das Ehegattensplitting spüren soll, dass die Ehe eine verfassungsrechtliche Sonderrolle innehat; das nicht anhand von unzähligen Sozialleistungen erklärt bekommt, was gesellschaftlich oder politisch wünschens- und was verachtens-

wert ist; das sich nicht mehr von Familienpolitikern sagen lassen muss, ob Kinder besser zu Hause oder in der Krippe groß werden. Mit einem Schlag wird die Armut abgeschafft. Jedermann erhält seinen Scheck, niemand muss mehr um seine Existenz fürchten. Ein solcher gesellschaftspolitischer Neuanfang ist nur mit ganz breiter Mehrheit in Politik und Bevölkerung zu machen.

Im Klein-Klein des Wahlkampfes allerdings wird sich kaum jemand lange an der grundsätzlichen Frage aufhalten, ob das Bürgergeld gut für unsere Gesellschaft ist oder nicht. Stattdessen werden Details instrumentalisiert, um das Ganze zu demontieren.

Ist es beispielsweise gerecht, wenn der Staat Millionären Geld schenkt? Soll Langzeitarbeitslosigkeit belohnt werden? Was geschieht mit den Hunderttausenden Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, deren Arbeit bei einer Reduzierung der Sozialverwaltung nicht mehr benötigt würde? Wie sollen die Krankenversicherungen finanziert werden? Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus schlägt eine Monatspauschale von 200 Euro je Bürger vor – eine Kopfpauschale durch die Hintertür quasi. Müssen Eltern den Beweis erbringen, dass sie das Bürgergeld ihrer Kinder in Bücher und nicht in Bierdosen investieren? Wie werden Ausländer behandelt? Ein monatlicher Scheck von 400 oder eines Tages sogar von mehr als tausend Euro, wie es der DM-Chef Götz Werner vorschlägt, wirkt auch für Menschen anderer Länder natürlich verlockend. Hier gilt es einen Weg zu finden, der Einwanderung in das Bürgergeldsystem unterbindet und dennoch notwendige Fachkräfte anzieht.

Die Idee eines Bürgergeldes klingt immer noch sehr verlockend. Aber der Streit über die Details und vor allem über die Finanzierung wird Deutschland keinen Schritt weiterbringen. Das Bürgergeld bleibt ein Spielball der Illusionisten.